

Blackoutprävention und -intervention im österreichischen Stromnetz:

Nach dem Frequenzabfall, der das europäische Stromnetz an seine Grenzen gebracht hat, stellt [Oesterreichs Energie fünf Prinzipien zur Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit](#) vor. Die E-Wirtschaft hat Themen identifiziert, die für die Stabilisierung des Stromsystems in Zukunft eine zentrale Rolle spielen werden. Kernaussage: Die Versorgungssicherheit ist derzeit auf einem sehr hohen Niveau. Damit dies auch im Zuge der aktuellen Transformation des Stromsystems so bleibt, bedarf es eines ganzheitlichen Ansatzes und der Zusammenarbeit aller verantwortlichen. Im Rahmen des Medientermins präsentierte die APG (Austrian Power Grid) auch die neuesten Erkenntnisse zur Ursache der Frequenzstörung.

Position zur EU-Wasserstoffstrategie:

Der Europäische Ministerrat zu Energie hat am 11.12.2020 unter deutschem Vorsitz [Schlussfolgerungen zur EU-Wasserstoffstrategie](#) verabschiedet.

Bis zuletzt intensiv diskutiert wurde vor allem die Rolle von erneuerbarem und dekarbonisiertem Wasserstoff. Im Ergebnis wurde beschlossen, dass die Mitgliedstaaten erneuerbaren Wasserstoff mit Blick auf seine Schlüsselrolle für die Dekarbonisierung hervorheben. Ebenso soll aber auch sichere und CO₂-arme Technologien zur Wasserstoffherstellung anerkannt werden.

Die Schlussfolgerungen beinhalten u. a. folgende weitere Kernpunkte und Handlungsempfehlungen für die Kommission:

- Betonung der wichtigen Rolle von Wasserstoff für die Dekarbonisierung, insbesondere von „*hard-to-abate*“-Anwendungen in der Industrie und dem Verkehrssektor, sowie für die wirtschaftliche Erholung und die Wettbewerbsfähigkeit der EU, bei Vorrang von Energieeffizienz und der direkten Elektrifizierung aus erneuerbaren Quellen
- Anerkennung des Mehrwerts der **Wasserstoffherzeugung durch Elektrolyse**
- Prüfung der Anforderungen an ein Marktdesign für einen transparenten, wettbewerblichen und liquiden **Wasserstoffmarkt** unter Wahrung der Integrität der Strom- und Gasbinnenmärkte und fairer Netzentgelte bei Ermöglichung flexibler Geschäftsmodelle
- Entwicklung einer umfassenden **Klassifizierung und eines Zertifizierungsrahmens** für gasförmige Energieträger, welches Informationen zur Nachhaltigkeit und den Treibhausgasemissionen im Lebenszyklus einschließlich Transport, Erzeugungstechnologie und Energieträgermix beinhaltet. Durch die Ausweisung dieser Informationen sowie der Herkunft sollen zudem Verbraucher bessere Auswahlmöglichkeiten erhalten

- Ausarbeitung eines ambitionierten **Wasserstoff-Fahrplans** und einer Strategie für Klimaneutralität in den Anwendungssektoren
- Entwicklung eines **integrierten Netzplanungskonzeptes für alle Energieträger** und Nutzung des Potentials für eine Umwidmung der europäischen Gasnetz- und Speicherinfrastruktur
- Unterstützung der **Entwicklung reiner Wasserstoffnetze** im Rahmen der künftigen TEN-E Ver-ordnung

Emmissionshandel post Brexit:

Ein [britisches Emissionshandelssystem \(UK ETS\)](#) ersetzte am 1. Januar 2021 die Teilnahme des Vereinigten Königreichs am EU ETS. Die vier Regierungen des Vereinigten Königreichs haben das System eingerichtet, um die Klimaziele der britischen Kohlenstoffpreispolitik zu erhöhen und gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit der britischen Unternehmen zu schützen.

Teilnehmer am EU-Emissionshandelssystem (EU-ETS) müssen ihre Verpflichtungen im Rahmen dieses Systems für das Erfüllungsjahr 2020 weiterhin einhalten. Das Vereinigte Königreich war maßgeblich an der Entwicklung des EU-Emissionshandelssystems beteiligt und die Einführung eines britischen Systems sorgt für Kontinuität im Emissionshandel für britische Unternehmen. Viele der Merkmale und Prozesse des neuen britischen Systems werden den Betreibern vertraut sein. *„Jedoch sind Unterschiede nicht zu unterschätzen [...] und seit Jahresbeginn hat die UK ETS-Behörde einige Beschwerde schreiben erhalten“*, so ein Sprecher des UK-Goverments.

Die [britische ETS-Behörde](#) und ihre Regulierungsbehörden werden Leitlinien herausgeben, die notwendig sind, um die Betreiber zu beraten und ihnen die Einhaltung ihrer Verpflichtungen im Rahmen des britischen ETS zu erleichtern.

Das System soll wie das EU-EHS die Bereiche energieintensive Industrie, Stromerzeugung und Flugverkehr erfassen. Über eine völlige Anbindung an das EU-EHS oder andere Handelssysteme sei noch keine Entscheidung getroffen worden.

Erste Welle an Investitionen:

Am 06.01.2021 hat die Europäische Kommission die [erste Runde direkter Beteiligungsinvestitionen](#) aus dem Fonds des Europäischen Innovationsrats (EIC) angekündigt. 42 Start-ups sowie kleine und mittlere Unternehmen (KMU) erhalten insgesamt rund 178 Mio. Euro an Beteiligungskapital, um „*bahnbrechende*“ Innovationen in den Bereichen **Gesundheit, Kreislaufwirtschaft, fortgeschrittene Fertigung** und **anderen Bereichen** zu entwickeln.

Mariya Gabriel, Kommissarin für Innovation, Forschung, Kultur, Bildung und Jugend, erklärte: „Diese neue Form der finanziellen Unterstützung – eine Kombination von nicht rückzahlbaren Zuschüssen und Kapitalbeteiligungen – wird ausschließlich vom Europäischen Innovationsrat gewährt. Damit werden die Finanzierungslücke für hochinnovative Unternehmen geschlossen und zusätzliche private Investitionen mobilisiert.“

Die Kapitalbeteiligungen, die zwischen 500 000 Euro und 15 Mio. Euro je Empfänger betragen können, ergänzen die Zuschussfinanzierung, die bereits im Rahmen des EIC-Accelerator-Pilotprojekts gewährt wurde, um Unternehmen ein schnelleres Wachstum zu ermöglichen. Damit tätigt die Kommission zum ersten Mal direkte Beteiligungs- und beteiligungsähnliche Investitionen (Beteiligungsinvestitionen in Kombination mit Zuschüssen) in Start-up-Unternehmen und erwirbt Eigentumsanteile von voraussichtlich 10 % bis 25 %.

Die Finanzierungsvereinbarungen mit den anderen begünstigten Unternehmen werden zurzeit fertiggestellt und in Kürze bekannt gegeben. In dieser ersten Investitionsrunde wurden unter anderem auch folgende Unternehmen unterstützt:

- **Hiber (Niederlande):** ein internationales Satelliten- und Kommunikationsunternehmen, das weltweit erschwingliche Konnektivität im Bereich des Internet der Dinge anbietet;
- **XSUN (Frankreich):** ein Solarflugzeughersteller, der autonome energieunabhängige Drohnen entwickelt, die ohne jegliches Zutun des Menschen funktionieren können;
- **GEOWOX LIMITED (Irland):** ein Technologieunternehmen, das automatisierte Immobilienbewertungen anbietet, die mit hochwertigen offenen Daten und Modellen für maschinelles Lernen erstellt werden;

LIFE: 5,4 Milliarden Euro für Klima- und Umweltprojekte:

Am 17.12.2020 einigte sich das Parlament der Europäischen Union mit den Mitgliedstaaten auf eine vorläufige [Einigung zu LIFE+](#), dem einzigen Programm auf EU-Ebene, das ausschließlich dem Umwelt- und Klimaschutz gewidmet ist. Die Einigung wird es der Kommission ermöglichen, mit den Vorbereitungen für die Umsetzung des Programms zu beginnen, um die EU-Maßnahmen im Zeitraum 2021-2027 zu stärken.

Im März 2019 einigten sich die Gesetzgeber im Rahmen der partiellen politischen Einigung zwischen dem Parlament der Europäischen Union und dem Ministerrat über die Fazilität "Connecting Europe" (CEF) für den Zeitraum 2021-2027 auf die Notwendigkeit, die Wirksamkeit und politische Kohärenz der TEN-E-Verordnung bis zum 31. Dezember 2020 zu bewerten. Kommissar Kadri Simson wird diese Überarbeitung vorstellen, mit der sichergestellt werden soll, dass der TEN-E-Infrastrukturrahmen eine Schlüsselrolle bei der Verwirklichung der

Dekarbonisierungsziele der Union für 2030 und 2050 spielt, wie sie im Europäischen Green Deal dargelegt sind, und gleichzeitig zur Sektor- und Marktintegration, Versorgungssicherheit und zum Wettbewerb beiträgt.

Das im Kompromiss über den mehrjährigen Finanzrahmen 2021-2027 für LIFE vorgesehene Gesamtbudget beträgt 5,4 Mrd. EUR (zu laufenden Preisen), wovon 3,5 Mrd. EUR für Umweltaktivitäten vorgesehen sind. 1,9 Mrd. EUR sind für Klimaschutzmaßnahmen vorgesehen; 61 % des Gesamtbudgets müssen klimabezogen sein.

Das Programm soll zum Übergang zu einer sauberen, kreislaforientierten, energieeffizienten, kohlenstoffarmen und klimaresistenten Wirtschaft beitragen, unter anderem durch den **Übergang zu sauberer Energie**, zum **Schutz und zur Verbesserung der Umweltqualität** und zum **Stoppen und Umkehren des Verlusts der biologischen Vielfalt**.

Bei der Gewährung von Mitteln sollte die Kommission Projekten den Vorrang geben, die ein eindeutiges grenzüberschreitendes europäisches Interesse aufweisen und das größte Potenzial haben, erfolgreich nachgeahmt und vom **öffentlichen oder privaten Sektor** übernommen zu werden oder die größten Investitionen zu mobilisieren. LIFE wird auch die Nutzung eines umweltfreundlichen öffentlichen Beschaffungswesens fördern.

Der Berichterstatter Nils Torvalds (Renew Europe, FI) erklärte: *"[...] bin ich sehr froh, dass wir ein neues Niveau des Engagements für Natur und Klima erreicht haben, so dass das Programm weiterhin Ideen testen und zukünftige grüne Lösungen präsentieren kann. LIFE kann nun viel besser zusätzliche Mittel für Maßnahmen zu Natur, Klima und Energie mobilisieren."*

KMUs Post-COVID:

Am 16.12.2020 hat das Parlament der Europäischen Union den Bericht für [Maßnahmen, die kleinen und mittleren Unternehmen](#) bei der Bewältigung der Krise und der doppelten Herausforderung der Digitalisierung und Dekarbonisierung helfen, angenommen.

Der Bericht unterstreicht die Notwendigkeit, die KMU-Strategie der Europäischen Kommission im Lichte der COVID-Krise zu aktualisieren und dabei den Fokus auf das Vorantreiben des Übergangs zu einer sozial, wirtschaftlich und ökologisch widerstandsfähigen Gesellschaft und einer wettbewerbsfähigen Wirtschaft zu halten. Die Abgeordneten fordern, die KMU-Strategie mit der Industriestrategie, der europäischen Datenstrategie und dem europäischen Green Deal abzustimmen, um alle KMU aktiv in den doppelten Übergang einzubeziehen und zu unterstützen.

Die Abgeordneten begrüßen das „Engagement“ der Europäischen Kommission für ein "One in - One out"-Prinzip und fordern die Aufstellung eines Fahrplans mit konkreten und verbindlichen Zielen für eine bessere Regulierung und Vereinfachung.

Die Abgeordneten sind zutiefst besorgt darüber, dass Sektoren wie Tourismus, Gastgewerbe, Kultur, Kreativwirtschaft, Transport, Messen und Veranstaltungen, die größtenteils aus KMUs bestehen, am stärksten von der COVID-19-Krise betroffen sind. Sie plädieren für eine vorübergehende Lockerung der EU-Beihilfavorschriften unter Berücksichtigung der Besonderheiten und der geografischen Benachteiligung, von der die in den Gebieten in äußerster Randlage ansässigen KMU betroffen sind.

Die COVID-19-Krise hat die KMU zu innovativen Technologien, neuen Wegen der Arbeitsorganisation und digitalen Geschäftsmodellen wie E-Commerce, Sharing Economy und Telearbeit gedrängt. Die Mitgliedsstaaten sollten Pilotinitiativen entwickeln, um die Nutzung von E-Commerce-Lösungen durch KMU zu beschleunigen, sagen sie.

Fachkräfte-Datenbank für energieeffizientes Bauen:

Seit Jahresbeginn steht eine [Kompetenzdatenbank zum EU-Projekt "Newcom"](#) in einer Pilotversion zur Verfügung, wie die österreichische Energieagentur (AEA) berichtet. Die Datenbank ist Teil der "Build Up Skills Advisors App", welche mit Unterstützung des EU-Programms "Horizon 2020" entwickelt wurde. Die Datenbank hat das Ziel, eine Grundlage für die gegenseitige Anerkennung von Fachkräftekompetenzen in ganz Europa zu schaffen. *„Erworbene Qualifikationen einer Fachkraft werden mit deren Profil verknüpft und ein individueller Qualifikationspass erstellt. So werden die Kompetenzen nachvollziehbarer und die Fähigkeiten der Fachkraft auf dem Arbeitsmarkt in ganz Europa präsentiert“*, erklärt Georg Trnka von der AEA.

Das von der AEA geleitete Projekt "Newcom" entwickelte gemeinsam mit Weiterbildungsinstituten und Branchenvertretern praxisorientierte Trainingseinheiten für Fachkräfte. Dabei ging es unter anderem um die qualitativ hochwertige Umsetzung von Flachdach- und Bauwerksabdichtungen. Neben der Dachbegrünung und der Installation von erneuerbaren Energiesystemen stand auch die Vermeidung von Feuchtschäden im Fokus der drei angebotenen Ausbildungsmodule.

In einem weiteren Modul wurde der Schwerpunkt auf die Qualitätssicherung am Bau gesetzt. Hierbei ging es um die bestmögliche Zusammenarbeit zwischen den unterschiedlichen Gewerken, um unter anderem die Luftdichtheit der Gebäudehülle zu garantieren. Gerade beim Bau von Fast-Null-Energiegebäuden sei die Qualität der Bauausführung von essenzieller Bedeutung, betont Trnka.

E-Mobilität beim Nachbarn Deutschland:

Im Jahr 2020 haben die Neuzulassungen von Elektroautos - batterieelektrischen (BEV) wie Plug-in-Hybriden (PHEV) zugenommen. Der Umstieg der Autoindustrie auf die [Elektromobilität](#) hat

dank eines zunehmenden Angebots der Hersteller sowie staatlicher Fördermaßnahmen Fahrt aufgenommen.

Von Jänner bis November stiegen die Neuanmeldungen in Deutschland um 220 % auf gut 312 000 E-Autos - 12 % aller Pkw-Neuzulassungen. Zum 1. Oktober waren laut des deutschen Kraftfahrt-Bundesamt (KBA) rund 417 500 Elektroautos auf den Straßen unterwegs, mehr als 200 000 Fahrzeuge mehr als ein Jahr zuvor.

Einen großen Anteil am Wachstum der E-Auto-Neuzulassungen im abgelaufenen Jahr hatte auch die verbesserte Ladeinfrastruktur. Puffer gebe es bei einer Relation von 1:14, wie sie der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) zum Jahresende bei 36 000 öffentlichen Ladestationen und rund einer halben Million E-Autos erwartete, nicht mehr.

Sorge bereitet den Herstellern, dass das Angebot an Elektrofahrzeugen deutlich schneller zunimmt, als das Netz öffentlich verfügbarer Ladepunkte wächst. Schon an Ostern könnte das Verhältnis Verbandsschätzungen zufolge bei 1:20 liegen. Das wäre schon bedenklich, heißt es bei den Herstellern. Bis 2025 wird es bei einem aktuell erwarteten Bestand von 3,5 bis 4 Millionen Elektroautos in Deutschland mindestens 300 000 öffentliche Ladepunkte benötigen. Der Bedarf könne infolge schärferer EU-Ziele zur Emissionsreduktion noch um einiges höher ausfallen.

Der Branchenverband VDA, der die Lademöglichkeiten als den Schlüssel zum Erfolg der Elektromobilität bezeichnet, fordert, künftig rund 2 000 neue öffentliche Ladepunkte pro Woche statt aktuell 200 zu installieren, um das von der Bundesregierung vorgegebene Ziel von 1 Million öffentlich zugänglicher Ladestationen bis 2030 zu erreichen. Als "Ansporn" für alle Kommunen begann der VDA im Dezember mit der quartalsweisen Veröffentlichung eines E-Ladenez-Rankings, um das Verhältnis von aktuell 1 500 Fahrzeugen auf eine öffentliche E-Ladestelle zu verbessern.

Die Kommunen selbst fordern Unterstützung von Bund und Ländern beim Finden neuer Flächen wie bei Genehmigungsprozessen, um nicht zum Flaschenhals beim Ausbau der Infrastruktur zu werden. Die Energiewirtschaft indes weist darauf hin, dass man von einem wirtschaftlichen Betrieb der öffentlichen Ladeinfrastruktur noch weit entfernt sei. Anfang Dezember verlautete vom BDEW, für eine wirtschaftliche Auslastung der aktuell 33 000 Ladepunkte seien rund 550 000 vollelektrische Fahrzeuge nötig. Der Hochlauf der E-Mobilität, das hat das abgelaufene Jahr deutlich werden lassen, dürfte noch länger einen Kraftakt erfordern - erst recht in Anbetracht der (finanziellen) Belastungen infolge der Coronakrise.